

# "Es geht um den Schutz der Freiheit"

Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Neuen Presse Hannover am 29.11.2007

**Neue Presse Hannover:** Welche Sicherheitslücken müssen aus Ihrer Sicht im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus noch geschlossen werden?

**Schäuble:** Wir sind gut aufgestellt. Das hat der Fahndungserfolg gezeigt, der zu den Verhaftungen im Sauerland geführt hat. Das Bundeskriminalamt wird im nächsten Jahr mit dem BKA-Gesetz die notwendigen rechtlichen Instrumente zur zusätzlichen polizeilichen Gefahrenabwehr erhalten. Dann werden wir auch die Möglichkeit der Online-Durchsuchung in engen Grenzen schaffen.

**Neue Presse Hannover:** Und die SPD zieht mit?

**Schäuble:** Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts werden wir gemeinsam mit der SPD eine Lösung finden. Angesichts der neuen technischen Kommunikationswege per Computer und Internet müssen die Sicherheitsbehörden unter richterlichem Vorbehalt die Möglichkeit erhalten, in begründeten Ausnahmefällen auch in geschützte Bereiche eindringen zu können, ohne den sogenannten Kernbereich der privaten Lebensführung zu verletzen. Es geht darum, schwere Anschläge zu vermeiden und schwere terroristische Straftaten verfolgen zu können. Wir werden eine Lösung finden. Es geht nicht um flächendeckende Überwachung, sondern um vielleicht gerade zehn Fälle pro Jahr. Das hat nichts mit "gläsernem Bürger" zu tun. Hier wird öffentlich gezielt verunsichert. Es geht um den Schutz der Freiheit.

**Neue Presse Hannover:** Nicht nur die Opposition übt heftige Kritik. Auch der Verfassungsrichter Di Fabio warnt vor einem Überbietungswettbewerb. Wie viel Schutz verträgt die Freiheit?

**Schäuble:** Ohne Recht und Gesetz, ohne den funktionierenden Rechtsstaat gibt es keinen Schutz der Freiheit. Wir sollten hier keine Gegensätze zwischen Verfassungsorganen aufbauen. Die Verfassungsrichter erwarten zu Recht, dass ihre Unabhängigkeit respektiert wird. Gesetzgeber ist das Parlament, und diese Aufgabe wird dem Parlament auch nicht abgenommen.

**Neue Presse Hannover:** Gibt es Hinweise für eine veränderte Sicherheitslage in der Vorweihnachtszeit?

**Schäuble:** Nein. Es gibt im Augenblick keine besonderen Anmerkungen zur Sicherheitslage. Wir gehen unverändert von einer erhöhten Gefährdung aus, haben aber keine konkreten Anschlagshinweise.

**Neue Presse Hannover:** Immer neue Ausschreitungen von Jugendlichen in Frankreich: Sind wir in Deutschland vor derartigen radikalen Gewaltausbrüchen gefeit?

**Schäuble:** Zum Glück haben wir in unseren Vorstädten nicht derartige städtebauliche und soziologische Probleme wie unsere Nachbarn in Frankreich. Dennoch: Wir müssen darauf achten, dass sich nicht auch bei uns sozialer Sprengstoff aufbaut und in Gewalt entlädt. Wir müssen das ernst nehmen. Nicht jeder junge Mensch kommt mit der schnellen Veränderung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit zurecht. Bund, Länder und Kommunen arbeiten

bereits mit Nachdruck daran, Probleme abzubauen. Das betrifft nicht nur die Integration von Migranten. Die Bekämpfung von Defiziten bei der Integration ist ein Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit. Vom Integrationsgipfel bis zur Islamkonferenz zeigt das bereits erste Erfolge. Für Entwarnung ist es jedoch zu früh.

**Neue Presse Hannover:** Die Erweiterung des Schengen-Raumes soll mehr Sicherheit bringen, verspricht die Politik. Viele Menschen sehen in der Öffnung der Grenzen zu Polen und Tschechien dagegen eher ein Sicherheitsrisiko. Verstehen Sie die Sorgen und Ängste?

**Schäuble:** Natürlich gibt es in der Bevölkerung Vorbehalte, genauso wie es in meiner badischen Heimat seinerzeit bei der Öffnung zu Frankreich war. Aber die werden sich als unbegründet herausstellen. Wir haben das vorhandene Informationssystem der Schengen-Mitglieder so aufgerüstet, dass alle neuen Schengen-Staaten daran angeschlossen sind. Der Probelauf läuft seit September erfolgreich. Außerdem sind die Kontrollen an den neuen EU-Außengrenzen mehrfach überprüft worden. Das Ergebnis zeigt: Es gibt keine Mängel mehr.

**Neue Presse Hannover:** Aber Bedenken bleiben ...

**Schäuble:** Die Erweiterung von Schengen ist ein Meilenstein. Darauf sollten wir uns freuen. Der Schutz der Außengrenzen erfolgt auf dem hohen Niveau aller Vertragsstaaten. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte zwischen Deutschland, Polen und Tschechien ist hervorragend. Der Wegfall der Grenzkontrollen bedeutet nicht weniger Sicherheit. Es wird ein Mehr an Sicherheit und ein Mehr an Freiheit geben. Dafür wird alles Notwendige getan, zum Beispiel die starke Präsenz der Polizeien in der 30-Kilometer-Zone. Die positiven Erfahrungen werden die Bevölkerung überzeugen. Im Übrigen: Herkömmliche Grenzkontrollen helfen im Zeitalter der Globalisierung nur wenig gegen organisierte Kriminalität, illegale Migration und internationalen Terrorismus, viel wichtiger ist die jetzt verbesserte Polizeizusammenarbeit.

**Neue Presse Hannover:** Die CDU trifft sich in der kommenden Woche zum Bundesparteitag in Hannover. Werden dort die Beschlüsse des Leipziger Reformparteitages endgültig zu Grabe getragen?

**Schäuble:** Leipzig war ein wichtiger Schritt. Wir sind heute wieder in der Regierungsverantwortung mit Angela Merkel als erfolgreicher Kanzlerin an der Spitze. In Hannover geht es um die aktuelle Positionsbestimmung der CDU. Wir sind als Volkspartei der Mitte gut aufgestellt und auf dem richtigen Weg. Das bedeutet auch, dass wir das Soziale nicht aus den Augen verlieren dürfen.